

Jürgen Wolf

Stadtentwicklung in der Dauerrezession

Zur Vertiefung der hier angerissenen Thematik hat Jürgen Wolf für Herbst des Jahres (vorrussichtlich Nr. 71) das Schwerpunktthema "Rezession und Repression: Ausblicke auf 1984" (Arbeitstitel) vorgeschlagen. Die vorbereitende Redaktion haben W. Durth, F. Geschwind, G. Hamacher und J. Wolf übernommen. Weitere Autoren werden gesucht.

Hat die aktive Stadtentwicklung noch eine Chance oder versinken die Städte in Lethargie?

Die Dauerrezession ist nur die volkswirtschaftliche Erscheinungsform einer tiefgreifenden Strukturkrise der Wachstumsgesellschaft. Sie ist verbunden mit pol. und kulturellen Umbrüchen mit der Suchm nach neuer Identität der Individuen, einer Polarisierung der Lebensverhältnisse und -auffassungen, die insgesamt das Stadtleben nachhaltig verändern.

Von der wirtschaftlichen Rezession als Dauerzustand ist vermutlich auszugehen. *Die Trendwende beginnt mit den 80er Jahren.* Seit 1980 steigt die Arbeitslosigkeit in einem seit der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht mehr gekanntem Ausmaß, zugleich nimmt auch die Kurzarbeit bedrohlich zu und die offenen Stellen schmelzen zusammen (vgl. Abb.1). Das Bruttosozialprodukt reagiert mit entsprechender zeitlicher Verzögerung (1980 + 1,8%, 1981 - 0,2% und 1982 - 1,2%). Auch für 1983 prognostizieren die wirtschaftswissenschaftlichen Institute eine weiterhin schrumpfende Volkswirtschaft, denn der erwartete Einbruch im 1. Quartal 1983 erfordert schon rein rechnerisch im 2. bis 4. Quartal Zuwachsraten von vier und mehr Prozent, wenn sich aufs ganze Jahr gesehen das Sozialprodukt in etwa ausgleichen soll.

Der damit verbundene Steuerausfall in den kommunalen Haushalten bei andererseits erhöhten Ausgaben im sozialen Bereich aufgrund der allgemeinen Verarmung zwingt die Gemeinden bei Festhalten an ihrer bisherigen, den neuen Anforderungen insofern nicht länger angemessenen Haushaltspolitik, die sozialen Leistungen zu beschneiden, von denen nicht wenige in der Stadt leben. Aber nicht nur die sozialen Aufgaben der Gemeinden nehmen bei gleichzeitig schrumpfender Leistungsfähigkeit zu. Was schwerer wiegt, ist, daß viele Gemeinden zu wenig politische Phantasie entwickeln und mit Einsparungen in der planenden Verwaltung die Quelle austrocknen, von der die notwendigen strukturellen Änderungen in der Wachstumsphase nach entsprechende wissenschaftlicher Grundlegung und politischer Zielvorgabe auszugehen haben. Denn jede Intensivierung der Bewirtschaftung der auch in der Dauerrezession in der Gemeinde gleichwohl noch reichlich vorhandenen Ressourcen an Flächen, suboptimal genutzten Gebäudebeständen und privaten Kapitals, ganz abgesehen von menschlicher Arbeitskraft, erfordert zuerst eine Intensivierung der Planung. Nur sie kann die nunmehr unumgängliche Rationalisierung der bisher mehr oder weniger organisch gewachsenen Stadt mit ihren vielseitigen Funktionsschwä-

chen im Interesse aller leisten. Indem aber nun gerade bei der Planung der Rotstift angesetzt wird, verbauen sich die Gemeinden ihre Zukunft. No future? Reduziert sich die Kommunalpolitik in der Rezession auf die Verwaltung der Not und versinken die Städte, zuerst in den industriellen Ballungsgebieten, in die Lethargie eines Manchester oder Liverpool?

Vor der Frage aber, welche strukturellen Änderungen der Kommunalpolitik notwendig sind, steht die Frage, worauf werden alle jene in der Stadt lebenden oder dorthin künftig zuziehenden Menschen angewiesen sein, deren Einkommen absolut oder relativ sinkt, oder die ganz durchs soziale Netz fallen?

Arbeitsmarktbedingte Zuflucht in Städte mit relativ niedriger Arbeitslosigkeit und Seßhaftigkeit

In der Bundesrepublik erhoffen sich viele von der Rezession Betroffene am ehesten noch eine relativ gute Lebenschance in den kommerzialisierten süddeutschen Großstädten und wandern vermehrt dorthin. Den wenigen, die auf diese Weise ihren Wohnort wechseln, weil sie noch einen Arbeitsplatz gefunden haben, stehen die vielen gegenüber, denen eine Berufskarriere durch Arbeitsplatzwechsel und damit verbundenem Umzug in andere Städte nicht mehr möglich ist, oder die als Dauerarbeitslose diese Chance schon lange nicht mehr haben und an ihren Wohnort gebunden bleiben. Aus sozialer Mobilität folgt Wanderung, aus sozialer Immobilität Seßhaftigkeit. *Verstärkte Zuwanderung in Regionen mit relativ günstiger Arbeitsmarktsituation korreliert so mit allgemein rückläufiger Gesamtmobilität* (vgl. Abb.2).

Die ökonomisch erzwungene neue Seßhaftigkeit verändert notgedrungen auch die Einstellung zur unmittelbaren Umgebung, zur Nachbarschaft, zum Stadtteil und zur Stadt, in der man nunmehr für längere Zeit mit wenig Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung der Einkommensverhältnisse zu leben hat. Es ist der gegebene soziale Raum, nicht die Berufskarriere in fremden Städten, auf den sich die Lebenserwartung zunehmend richtet und mit dem sie sich bescheiden muß. Was die Menschen dort erwartet, ist auch davon abhängig, wieviel sich die Bewohner der gegebenen Nachbarschaft politisch, kulturell und sozial betätigen. Erwächst hieraus die politische Kraft, auf welcher jene notwendigen Strukturänderungen gründen? Welche Handlungs- und Konfliktpotentiale zieht das nach sich?

Vermehrte Angewiesenheit auf eine Stadt, in der es sich auch bei bescheidenem Einkommen leben läßt

Zunächst äußert sich die neue Seßhaftigkeit als eine vermehrte Angewiesenheit auf die vorhandene Wohnung mit all ihren Vor- und

Nachteilen. Der Umzug in die große moderne Wohnung muß auf unabsehbare Zeit zurückgestellt werden. Die Angewiesenheit auf die kleine, billige, heizkostengünstige Wohnung mit nicht ständig steigenden Mieten und Belastungen in einem Stadtteil, in dem man auch notfalls ohne Auto (soweit überhaupt vorhanden) den Arbeitsplatz, die Schule, den Kindergarten, das Einkaufszentrum mit den Sonderangeboten und hin und wieder auch die freie Natur erreichen kann, wächst. Noch besser freilich, wenn in der Nähe ein Kleingarten vorhanden ist, von und in dem es sich ein bißchen besser leben läßt. Man wird auch wieder mehr auf die alltäglichen nachbarschaftlichen Hilfen angewiesen sein und die bescheideneren Möglichkeiten der Erholung und Entspannung vor der Haustür oder am Stadtrand dem Fernurlaub vorziehen müssen. Die Einrichtungen der Naherholung, kleine Parks im Stadtteil, eben auch der Kleingarten, die Landschaft und der Wald am Stadtrand, die relativ ruhige Wohnstraße, Sport- und Vereinsanlagen gewinnen somit an Bedeutung und werden im Falle ihrer Gefährdung wohl noch hartnäckiger verteidigt werden als bisher schon.

Statistisch macht sich die neue Angewiesenheit seit Beginn der Dauerrezession im Winter '80/'81, als erstmals wieder mehr als eine Million Arbeitslose registriert wurden, als *Trendwende in der Nah- und Fernwanderung* bemerkbar: Es gewinnen nicht nur die Städte mit relativ günstiger Arbeitsmarktsituation Einwohner aus anderen Regionen, sondern relativ *unabhängig* davon ist aufgrund der auch im Umland stagnierenden Bautätigkeit und der für immer mehr Haushalte kaum noch tragbaren Fahrkosten eine *Tendenzwende von der Stadtrandwanderung zur Stadtwanderung* erkennbar (vgl. Abb.3).

Zunehmende Diskrepanzen der Wohnraumversorgung und Polarisierung der Bevölkerungsstruktur im Altbaubestand infolge von Wanderungsgewinnen

Insofern die Wanderungsmotive hier wie da ökonomischer Natur sind, bevorzugen die entsprechenden Zuwanderer in der Stadt Stadtteile mit preiswertem Altbaubestandsbestand. Dort konkurrieren sie aber mit der Nachfrage der Haushaltsneugründer, derjenigen, die aus anderen Gründen innerhalb der Stadt umzuziehen gezwungen sind, und der Nachfrage oberer Einkommensgruppen, die aus dem Umland zuziehend das Stadtleben inzwischen wieder mehr präferieren. *Die Gesamtnachfrage akkumuliert in diesen Stadtteilen zu absolut zunehmenden Einwohnerzahlen, ohne daß dort zusätzlich Wohnungen errichtet würden, so daß sich die Wohnversorgung pro Haushalt oder Person im statistischen Durchschnitt absolut verringert* (Abb. 4).

Die Verbesserung der Wohnversorgung der einkommensstarken Haushalte wird hier